

JOHN STUART MILL INSTITUT
für Freiheitsforschung e.V.

an der SRH Hochschule Heidelberg

Wie halten es die Deutschen mit der Freiheit?

IfD Institut für Demoskopie Allensbach

INSTITUT FÜR
PUBLIZISTIK

JG|U

„Freiheitsindex Deutschland“ 2011

JOHN STUART MILL INSTITUT



Geleitwort zum „Freiheitsindex Deutschland“ 2011

Prof. Dr. Ulrike Ackermann, JSMI 3

Ergebnisse der Umfrage

Dr. Thomas Petersen, IfD 5

Ergebnisse der Inhaltsanalyse

Dr. Thomas Roessing, IfP 18

„Freiheitsindex Deutschland“ 2011

Dr. Thomas Petersen, IfD

Prof. Dr. Ulrike Ackermann, JSMI 24

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde der Freiheit,

Wie halten es die Deutschen mit der Freiheit? Das ist die Ausgangsfrage unseres Forschungsprojekts des John Stuart Mill Instituts (JSMI) gewesen. Wie definieren die Bürger für sich die Freiheit? Ist ihnen Selbstbestimmung wichtiger als soziale Gleichheit oder überwiegt das Sicherheitsbedürfnis? Was erwarten sie vom Staat? Soll er sich heraushalten aus ihrem Alltagsleben oder sich stärker kümmern? Soll er neue Verbote einführen oder alte lockern? Und wie lässt sich die Befindlichkeit der Deutschen in Sachen Freiheit messen?



Dazu haben wir in vereinter Kraft mit Thomas Petersen vom Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) sowie den Medienforschern Thomas Roesing und Nikolaus Jakob vom Institut für Publizistik der Universität Mainz (IfP) den ersten „Freiheitsindex Deutschland“ entwickelt. In wissenschaftstheoretischen und methodischen Aspekten waren, neben Hans Jörg Schmidt (JSMI), außerdem beratend tätig Detmar Doering, Leiter des Liberalen Instituts Potsdam, sowie der Bamberger Soziologe und Empiriker Gerhard Schulze. Unterstützt wurden die Forschungsarbeiten von der SRH Förderstiftung, Heidelberg. Besonderer Dank gilt von daher dem Vorstandsvorsitzenden der Stiftung, Klaus Hekking.

Der Index bildet den Zustand der politischen und individuellen Freiheit in einer Zahl bzw. in einem Indikator ab. Relevant für die Messung der Freiheit ist der Faktor Zeit, nämlich wie sich der von uns ermittelte Indikator im Verlauf der Jahre auf der Skala nach oben oder nach unten verschiebt.

Unser Index setzt sich aus drei verschiedenen Komponenten zusammen:

Prof. Dr. Ulrike Ackermann ist promovierte Sozialwissenschaftlerin und hat Soziologie, Politik, Neuere Deutsche Philologie und Psychologie in Frankfurt studiert. 2002 gründete und leitete sie das Europäische Forum an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften.

Seit 2004 arbeitete sie als freie Autorin (Die WELT, FAZ, Sueddeutsche Zeitung u.a.), Soziologie-Kolumnistin der Zeitschrift MERKUR sowie Verfasserin und Moderatorin zahlreicher Rundfunksendungen (DLF, SWR, WDR, NDR, u.a.).

2008 wurde sie zur Professorin auf den bundesweit einzigen Lehrstuhl „Politische Wissenschaften mit dem Schwerpunkt Freiheitsforschung und Freiheitslehre“ an der SRH Hochschule in Heidelberg berufen. Seit 2009 leitet sie das John Stuart Mill Institut für Freiheitsforschung in Heidelberg.

Die 1. Komponente haben wir ermittelt mit einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage auf der Grundlage von rund 1.800 Einzelinterviews des Allensbacher Instituts. Der Fragenkatalog mit 11 Fragenkomplexen erfasst die subjektive Bedeutung des Werts der Freiheit auf Seiten der Bürger in folgenden Bereichen:

- Definition von Freiheit
- Wertschätzung des Werts der Freiheit im Wettbewerb mit anderen Werten, wie z.B. Gleichheit, Sicherheit, Gerechtigkeit
- Subjektives Freiheitsempfinden der Bürger
- Staatsorientierung, Einstellung zu Verboten und staatlichen Interventionen

Die 2. Komponente des Freiheitsindex liefert die quantitative Inhaltsanalyse führender Nachrichtenprintmedien des Mainzer Instituts für Publizistik. Mit Hilfe eines Code-Buchs und sogenannter inhaltlicher Frames wird der Stellenwert der Freiheit in der Medienberichterstattung im Vergleich zu anderen Werten ermittelt: zum einen die Beurteilung freiheitlicher Prinzipien in der Berichterstattung und zum andern die Häufigkeit der Forderung nach Verboten oder Liberalisierungen.

Ab 2012 werden wir als 3. Komponente des Freiheitsindex mittels einer Inhaltsanalyse den Stellenwert der Freiheit in der Gesetzgebung einbeziehen. Ermittelt wird dann das Verhältnis der Zahl der gesetzlich beschlossenen Verbote und Verschärfungen gegenüber der Zahl der Liberalisierungen und Lockerungen von Regulierungen, die das Alltagsleben der Bürger betreffen.

Es gibt zwar seit einigen Jahren Indices, die vorrangig die wirtschaftliche Freiheit im internationalen Vergleich messen (ermittelt z.B. vom Cato Institute, Fraser-Institute, Friedrich-Naumann-Stiftung). Doch für die Felder der politischen und individuellen Freiheit in Deutschland existiert bisher nichts Vergleichbares. Unser Fragebogen ist im Übrigen so angelegt, daß er in der Zukunft in wesentlichen Teilaspekten an international vergleichende Studien anknüpfen kann.

Eine interessante Tendenz fördert unsere Untersuchung zu Tage: wächst erfreulicherweise die abstrakte Wertschätzung der Freiheit in der gesamten Bevölkerung im Vergleich zu den letzten Jahren, so nimmt gleichermaßen der Wunsch nach staatlicher Kontrolle, der Ruf nach Verboten und Interventionen des Staates zu. Die wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung stellen wir Ihnen im Folgenden vor.

Herzlich
Ihre



JOHN STUART MILL INSTITUT



Die repräsentative Bevölkerungsumfrage

Als das Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) im Jahr 2003 eine erste Grundlagenstudie zum Thema Freiheit vorlegte, konnte es auf einige überraschende Ergebnisse verweisen: Nach Jahrzehnten, in denen sich die Bevölkerung vom Gedanken an die Freiheit abzuwenden schien, hatte sich in den 1990er Jahren eine Trendwende angedeutet: Einige liberale Werte gewannen wieder an Boden. Mit Blick auf das 21. Jahrhundert, das gerade begonnen hatte, lautete das Fazit: „Es könnte ein Jahrhundert der Freiheit werden.“

Lässt sich diese Behauptung auch heute, acht Jahre später, noch aufrechterhalten? Die Umfrageergebnisse zum aktuellen Projekt „Freiheitsindex Deutschland“ sind gemischt. Alles in allem hat sich der Wert der Freiheit im Wettstreit mit konkurrierenden gesellschaftlichen Zielen seit Anfang des vergangenen Jahrzehnts nicht weiter durchsetzen können. Auf die Frage, was im Zweifel vorzuziehen sei, Freiheit oder Gleichheit, entscheidet sich noch immer eine knappe Mehrheit der Bevölkerung in Westdeutschland für die Freiheit, während in den neuen Bundesländern eindeutig der Gleichheit der Vorzug gegeben wird. Auch das subjektive Freiheitsempfinden hat sich im vergangenen Jahrzehnt nicht wesentlich geändert, allerdings ebnen sich die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland ein: Fühlten sich im Jahr 2003 Westdeutsche im Durchschnitt persönlich noch freier als Ostdeutsche, liegen heute beide Landesteile in dieser Hinsicht gleichauf.

Und doch hat sich das Fundament des Werts der Freiheit in der deutschen Gesellschaft seit 2003 erkennbar verschoben. Der Aussage „Jeder ist seines Glückes Schmied. Wer sich heute wirklich anstrengt, der kann es auch zu etwas bringen“ stimmen im Jahr 2011 54 Prozent der Deutschen zu. Das ist der höchste Wert seit Mitte der 70er Jahre. Erstmals sind auch in den neuen Bundesländern mehr als 40 Prozent der Bevölkerung dieser Ansicht, 2003 waren es noch 34, 1996 28 Prozent. Und anders als noch vor wenigen Jahren ist heute vor allem die junge Generation der Meinung, dass jeder seines Glückes Schmied sei. Das ist für die Verankerung des Werts der Freiheit von großer Bedeutung, denn nur wer glaubt, dass die meisten Menschen in der Lage sind, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen, wird sich für die Freiheit einsetzen können.

Als gegenläufige Entwicklung hierzu muss man die Tatsache deuten, dass die Bevölkerung mehr und mehr dazu neigt, gesellschaftliche Ziele aller Art als Aufgabe des Staates zu sehen, mehr und mehr Kontrollen und Verbote in zahlreichen Lebensbereichen zu akzeptieren oder sogar zu fordern. Die Mehrheit der Bevölkerung stellt anscheinend keinen gedanklichen Zusammenhang zwischen dem Maß staatlicher Aktivität und gesellschaftlicher Freiheit her. Von einer Furcht vor der

6 | Ergebnisse der Umfrage

Einschränkung persönlicher Freiheit, vor staatlicher Bevormundung oder Gängelung ist auch bei denen nichts zu erkennen, die dem Wert der Freiheit sonst einen hohen Stellenwert einräumen. Der Wunsch nach Freiheit und der Ruf nach Verboten sind für die meisten kein Widerspruch.

Im Rahmen der Repräsentativumfrage zur Verankerung des Wertes der Freiheit in der deutschen Bevölkerung wurden in der Zeit vom 12. bis 27. August 2011 1.792 Personen mündlich-persönlich („face-to-face“) befragt. Die Auswahl der Befragten erfolgte nach dem Quotenverfahren, die Ergebnisse der Befragung sind – abzüglich einer bei Repräsentativumfragen unvermeidlichen statistischen Unschärfe von etwa drei Prozent – auf die Bevölkerung ab 16 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland verallgemeinerbar. Bei der Feldarbeit kamen 420 geschulte Interviewer des Instituts für Demoskopie Allensbach zum Einsatz.

Thomas Petersen

IfD Institut für Demoskopie Allensbach

Abbildung: Ausschnitt aus dem Fragebogen

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

Für Formulierung und Anordnung
alle Rechte beim IfD !

SRH: Freiheitsstudie
HB-Beteiligung 801720/E
August 2011

INTERVIEWER: Fragen wörtlich vorlesen. Bitte die Buchstaben oder Zahlen neben zutreffenden Antworten einkreisen. Wenn keine Antworten vorgegeben sind, auf den punktierten Linien Antworten im Wortlaut eintragen. Alle Ergebnisse dieser Umfrage dienen dazu, die Meinung der Bevölkerung zu erforschen und besser bekanntzumachen.

1. INTERVIEWER überreicht **weißes** Bildblatt 1 !

T "Wie empfinden Sie Ihr gegenwärtiges Leben, fühlen Sie sich frei oder unfrei? Sagen Sie es mir am besten nach dieser Leiter hier. Zehn würde bedeuten, Sie haben das Gefühl, in Ihrem gegenwärtigen Leben ein ganz freier Mensch zu sein, null würde bedeuten, Sie haben das Gefühl, vollkommen unfrei zu sein. Welche Stufe zwischen null und zehn wählen Sie?"
(Genannte Stufe einkreisen!)

/ 0 / 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 ^X/

KEINE ANGABE..... Y

Umseitig finden Sie die wichtigsten Ergebnisse der Repräsentativbefragung in tabellarischer und graphischer Form aufbereitet:

Was bedeutet Freiheit?

Frage: "Was bedeutet Freiheit für Sie? Könnten Sie mir sagen, auf welcher dieser drei Karten am besten ausgedrückt ist, was Freiheit für Sie bedeutet?" (Vorlage dreier Karten)

	Bevölkerung insgesamt %	West- deutschland %	Ost- deutschland %
Freiheit bedeutet, frei zu sein von sozialer Not, frei von Armut, Obdachlosigkeit und Arbeitslosigkeit.....	24	21	36
Freiheit bedeutet, das tun zu können, was einem gefällt dass man reisen kann, wohin man will, dass man leben kann, wie man möchte.....	21	21	20
Freiheit bedeutet, für sich selbst verantwortlich zu sein, sich frei für einen bestimmten Beruf zu entscheiden, für ein Land, eine Stadt, in der man leben möchte, und sich für ein Ziel einsetzen zu können, das man erreichen möchte.....	52	55	42
Keine Angabe.....	3	3	2
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 10077, August 2011

Freiheit und Gleichheit - Westdeutschland

Frage: "Hier unterhalten sich zwei, was letzten Endes wohl wichtiger ist, Freiheit oder möglichst große Gleichheit, soziale Gerechtigkeit - wenn Sie das bitte einmal lesen. Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie denken?" (Bildblattvorlage)



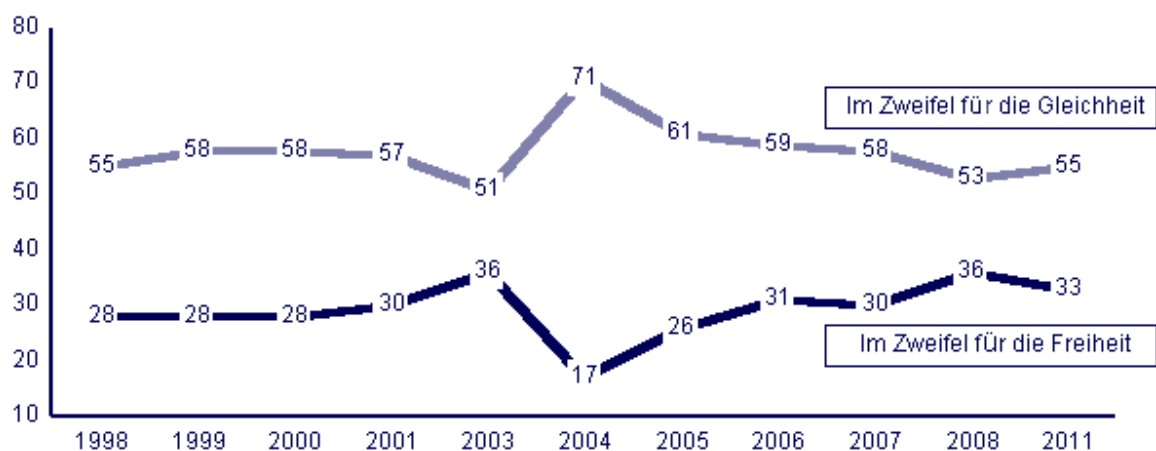
An 100 fehlende Prozent: Unentschieden

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt Nr. 10077, August 2011

8 | Ergebnisse der Umfrage

Freiheit und Gleichheit - Ostdeutschland

Frage: "Hier unterhalten sich zwei, was letzten Endes wohl wichtiger ist, Freiheit oder möglichst große Gleichheit, soziale Gerechtigkeit - wenn Sie das bitte einmal lesen. Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie denken?" (Bildblattvorlage)



An 100 fehlende Prozent: Unentschieden

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt Nr. 10077, August 2011

Freiheit und Gleichheit - Gesamtdeutschland

Frage: "Hier unterhalten sich zwei, was letzten Endes wohl wichtiger ist, Freiheit oder möglichst große Gleichheit, soziale Gerechtigkeit - wenn Sie das bitte einmal lesen. Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie denken?" (Bildblattvorlage)

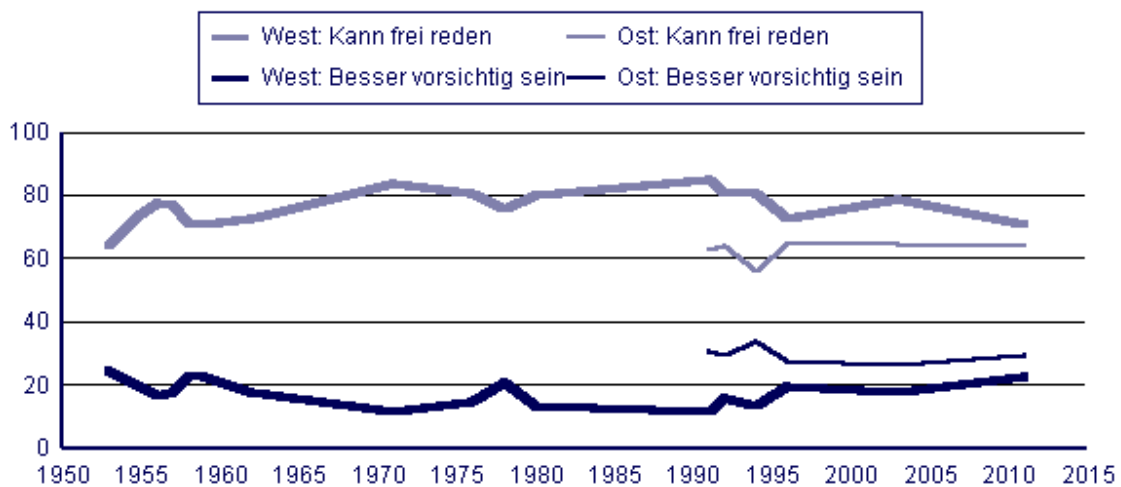


An 100 fehlende Prozent: Unentschieden

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt Nr. 10077, August 2011

Kann man seine politische Meinung frei sagen?

Frage: "Haben Sie das Gefühl, dass man heute in Deutschland seine politische Meinung frei sagen kann, oder ist es besser, vorsichtig zu sein?"

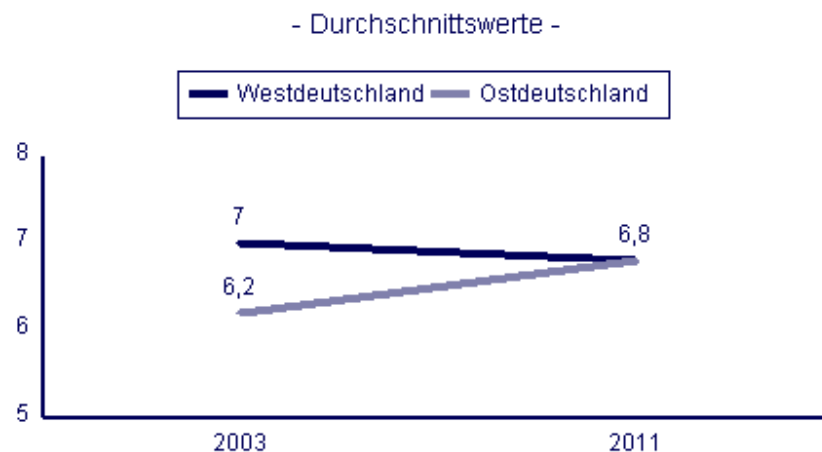


An 100 fehlende Prozent: Unentschieden

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt Nr. 10077, August 2011

Subjektives Freiheitsgefühl: der West-Ost-Unterschied ist verschwunden

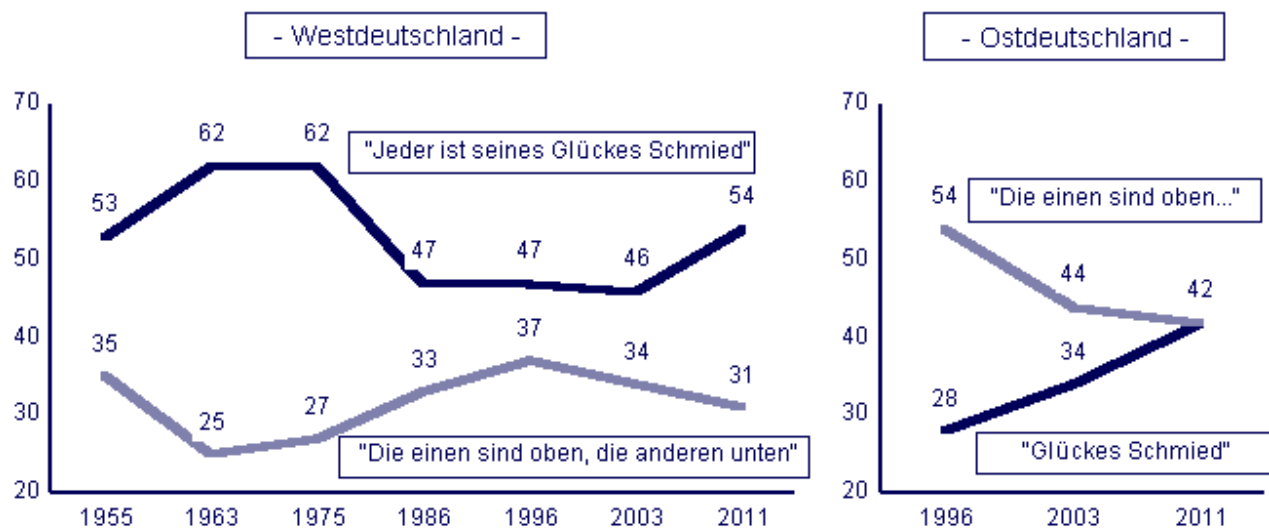
Frage: "Wie empfinden Sie Ihr gegenwärtiges Leben? Sagen Sie es mir am besten nach dieser Leiter hier. Zehn würde bedeuten, Sie haben das Gefühl, in Ihrem gegenwärtigen Leben ein ganz freier Mensch zu sein, Null würde bedeuten, Sie haben das Gefühl, vollkommen unfrei zu sein. Welche Stufe zwischen Null und Zehn wählen Sie?"



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 7049, Okt./Nov. 2003; 10077, August 2011

"Jeder ist seines Glückes Schmied"

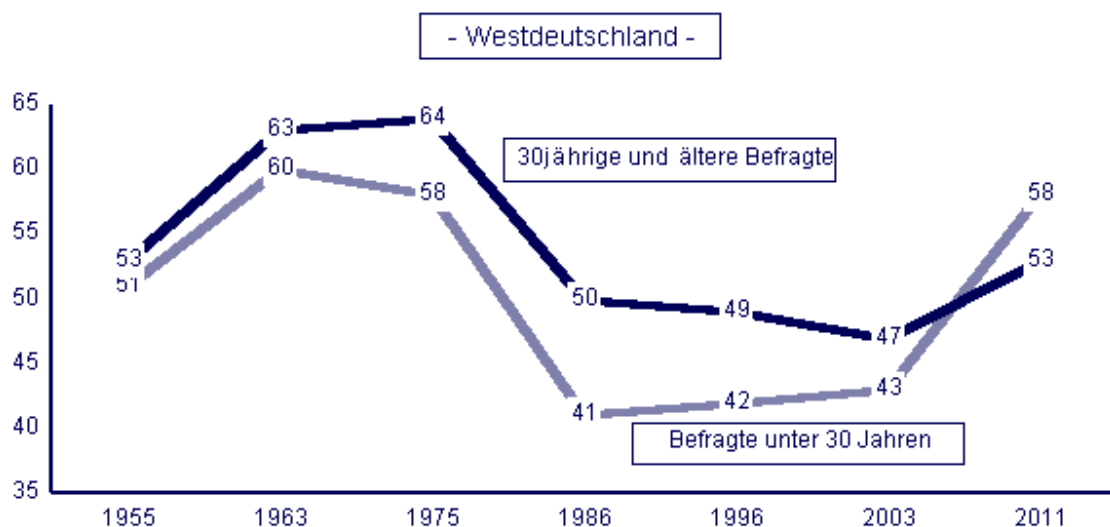
Frage: "Zwei Männer unterhalten sich über das Leben (...). Was würden Sie persönlich sagen: Wer von beiden hat eher recht?"



Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage, zuletzt Nr. 10077, August 2011

Die Jungen sagen wieder häufiger: "Jeder ist seines Glückes Schmied"

Frage: "Zwei Männer unterhalten sich über das Leben (...). Was würden Sie persönlich sagen: Wer von beiden hat eher recht?" Antwort: "Der erste. Jeder ist seines Glückes Schmied."



Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfragen, zuletzt Nr. 10077, August 2011

Starke Freiheitsorientierung der unter-30jährigen Ostdeutschen

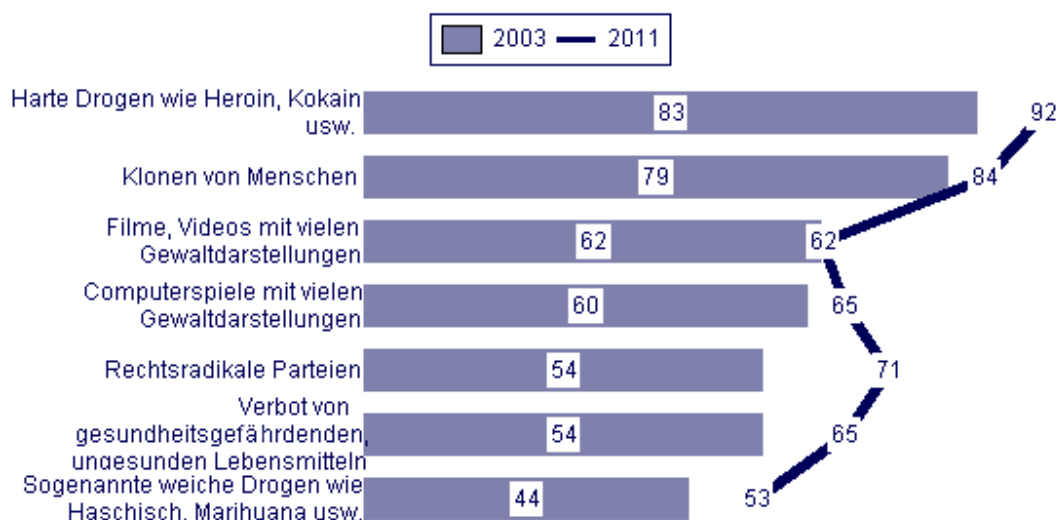
Frage: "Zwei Männer/Frauen unterhalten sich über das Leben. Was würden Sie persönlich sagen: Wer von beiden hat eher recht?"

	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	Befragte unter 30 %	Befragte ab 30 %	Befragte unter 30 %	Befragte ab 30 %
"Jeder ist seines Glückes Schmied. Wer sich heute wirklich anstrengt, der kann es auch zu etwas bringen.".....	58	53	56	39
"Tatsächlich ist es so, dass die einen oben sind, und die anderen sind unten und kommen bei den heutigen Verhältnissen auch nicht hoch, so sehr sie sich auch anstrengen.".....	26	32	26	46
Unentschieden / Keine Angabe.....	16	15	18	15
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 10077, August 2011

Der Ruf nach Verboten I

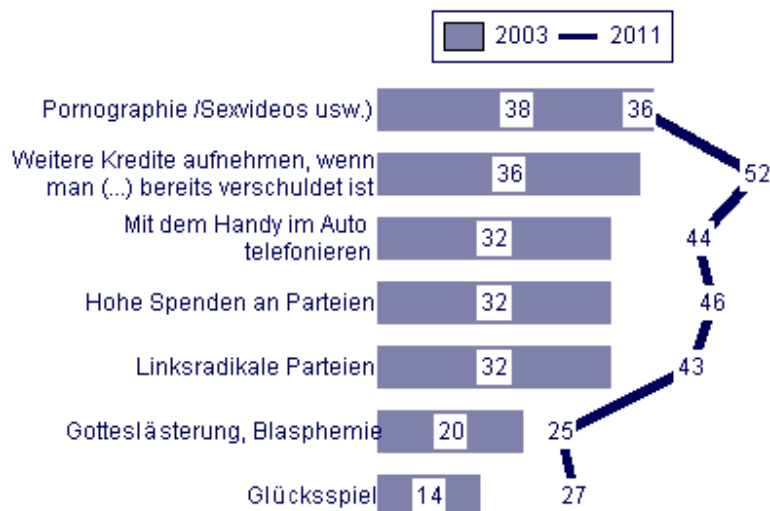
Frage: "Einmal unabhängig davon, ob das tatsächlich verboten ist oder nicht: Was meinen Sie, was sollte der Staat in jedem Fall verbieten, wo muss der Staat die Menschen vor sich selber schützen? Was von dieser Liste würden Sie nennen?" (Listenvorlage)



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 7049, Okt./Nov. 2003; 10077, August 2011

Der Ruf nach Verboten II

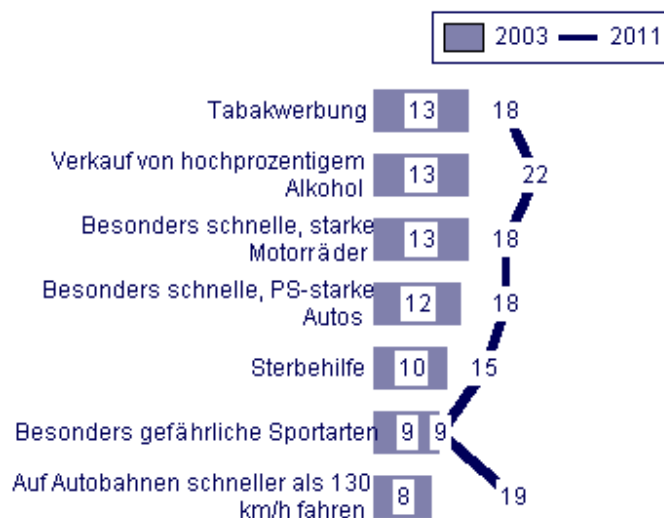
Frage: "Einmal unabhängig davon, ob das tatsächlich verboten ist oder nicht: Was meinen Sie, was sollte der Staat in jedem Fall verbieten, wo muss der Staat die Menschen vor sich selber schützen? Was von dieser Liste würden Sie nennen?" (Listenvorlage)



Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfragen Nr. 7049, Okt./Nov. 2003; 10077, August 2011

Der Ruf nach Verboten III

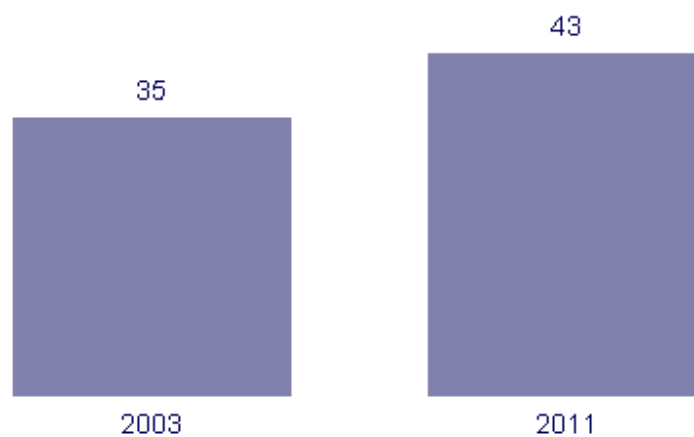
Frage: "Einmal unabhängig davon, ob das tatsächlich verboten ist oder nicht: Was meinen Sie, was sollte der Staat in jedem Fall verbieten, wo muss der Staat die Menschen vor sich selber schützen? Was von dieser Liste würden Sie nennen?" (Listenvorlage)



Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfragen Nr. 7049, Okt./Nov. 2003; 10077, August 2011

Der Ruf nach Verboten - Durchschnittswerte

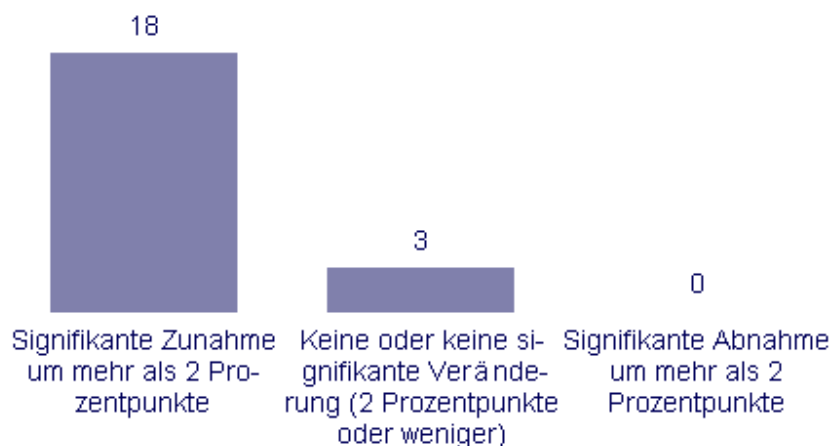
Durchschnittlicher Anteil der Befragten, die bei 21 zur Auswahl gestellten Punkten ein Verbot forderten, in Prozent



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 7049, Okt./Nov. 2003; 10077, August 2011

Die Forderungen nach Verboten nehmen in fast allen Bereichen zu

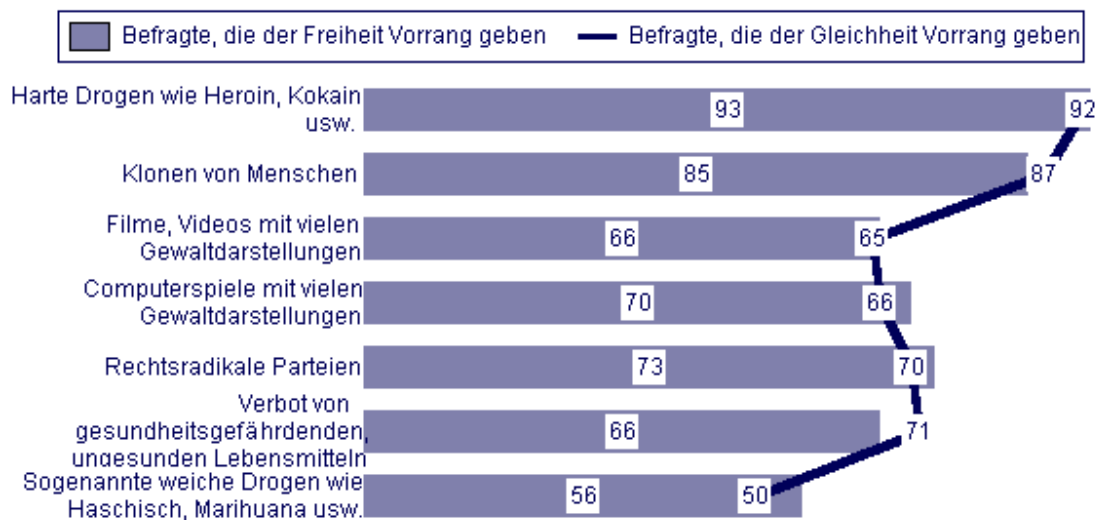
Veränderung der Zahl der Befragten, die ein Verbot forderten, in der Zeit von 2003 bis 2011. Basis: 21 zur Auswahl gestellte Punkte.



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 7049, Okt./Nov. 2003; 10077, August 2011

Freiheitsorientierung und der Ruf nach Verboten I

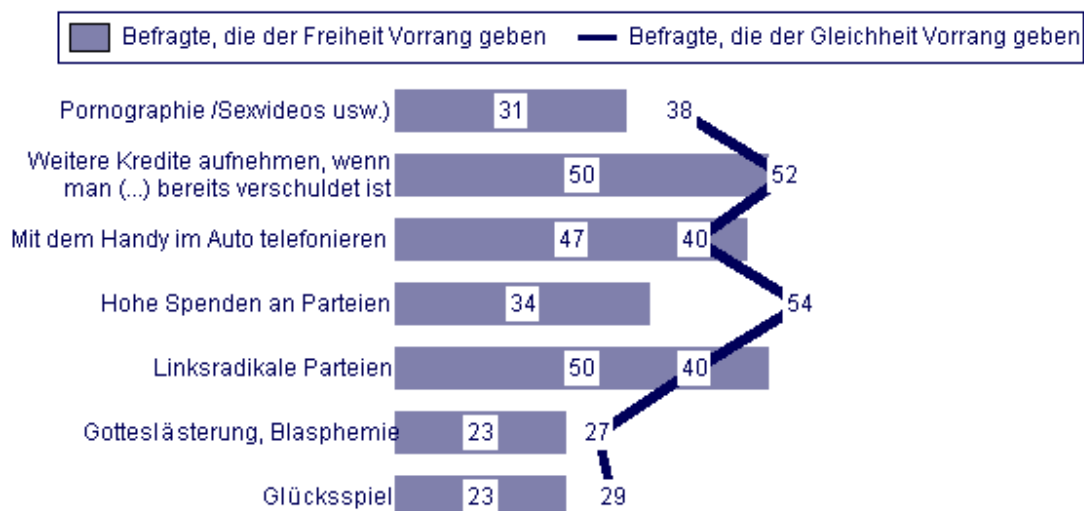
Frage: "Einmal unabhängig davon, ob das tatsächlich verboten ist oder nicht: Was meinen Sie, was sollte der Staat in jedem Fall verbieten, wo muss der Staat die Menschen vor sich selber schützen? Was von dieser Liste würden Sie nennen?" (Listenvorlage)



Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage Nr. 10077, August 2011

Freiheitsorientierung und der Ruf nach Verboten II

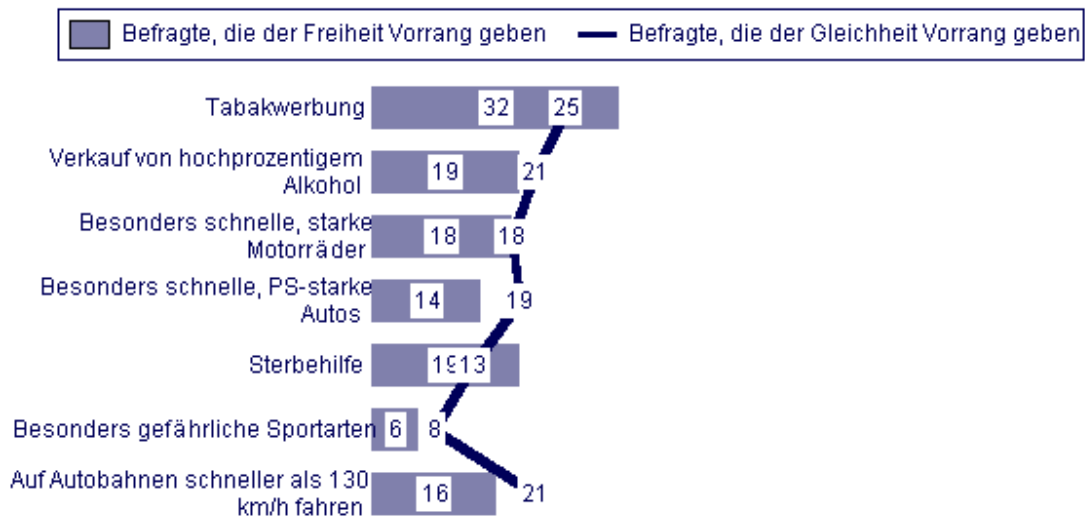
Frage: "Einmal unabhängig davon, ob das tatsächlich verboten ist oder nicht: Was meinen Sie, was sollte der Staat in jedem Fall verbieten, wo muss der Staat die Menschen vor sich selber schützen? Was von dieser Liste würden Sie nennen?" (Listenvorlage)



Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage Nr. 10077, August 2011

Freiheitsorientierung und der Ruf nach Verboten III

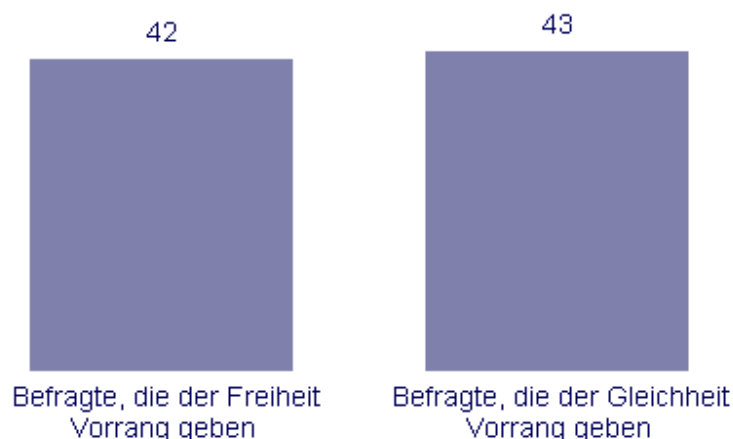
Frage: "Einmal unabhängig davon, ob das tatsächlich verboten ist oder nicht: Was meinen Sie, was sollte der Staat in jedem Fall verbieten, wo muss der Staat die Menschen vor sich selber schützen? Was von dieser Liste würden Sie nennen?" (Listenvorlage)



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 10077, August 2011

Freiheitsorientierung und der Ruf nach Verboten: Durchschnittswerte

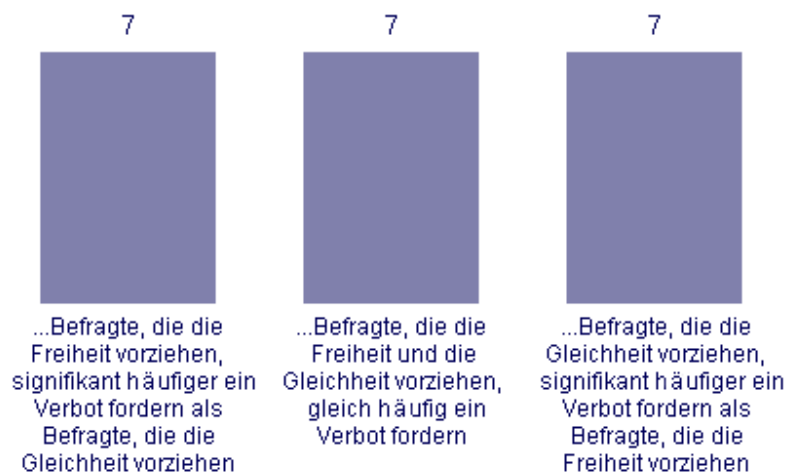
Durchschnittlicher Anteil der Befragten, die bei 21 zur Auswahl gestellten Punkten ein Verbot forderten, in Prozent



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 10077, August 2011

Kein erkennbarer Zusammenhang zwischen Freiheitsorientierung und dem Ruf nach Verboten

Zahl der Bereiche, bei denen...

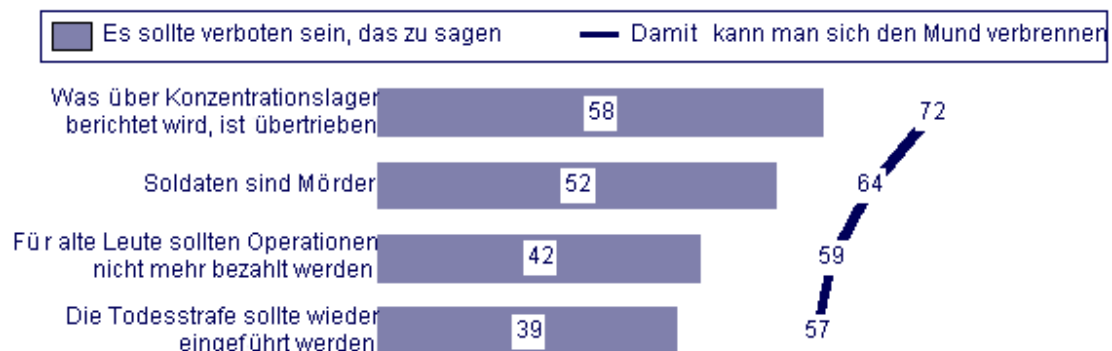


Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfragen Nr. 7049, Okt./Nov. 2003; 10077, August 2011

Tatsächliche und gefühlte Tabuzonen I

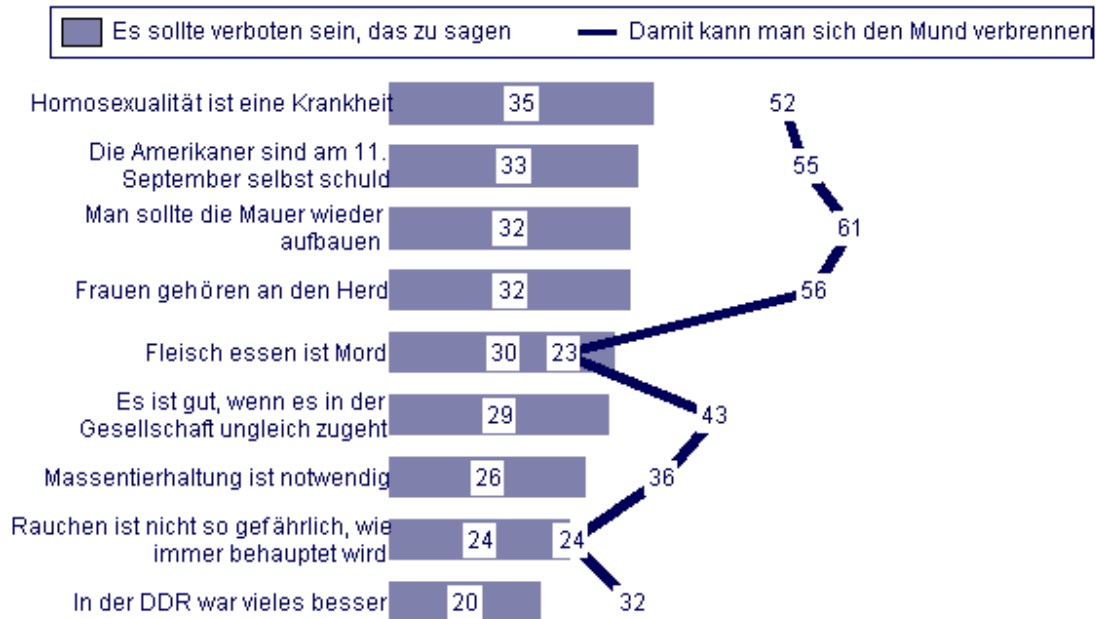
Fragen: "(...)Bitte verteilen Sie die Karten auf das Blatt hier, je nachdem, ob Sie diese Aussage für richtig halten (...)oder ob es verboten sein sollte, so etwas zu sagen."

"Es gibt ja einige Aussagen, mit denen man aneckt, wenn man sie in der Öffentlichkeit äußert. Hier auf diesen Karten sind einige Aussagen aufgeschrieben. Bei welchen davon würden Sie sagen, das sind besonders heikle Aussagen, bei denen man sich leicht den Mund verbrennen kann?" (Kartenspielvorlage)



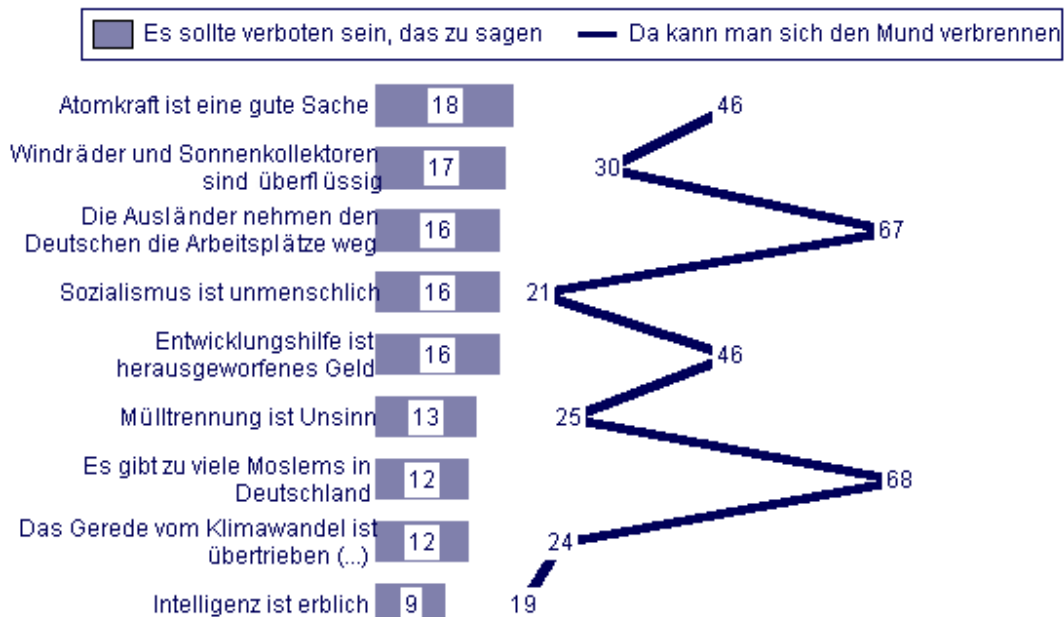
Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage Nr. 10077, August 2011

Tatsächliche und gefühlte Tabuzonen II



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 10077, August 2011

Tatsächliche und gefühlte Tabuzonen III



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 10077, August 2011

Die Inhaltsanalyse

Die Inhaltsanalyse umfasst 2.078 Beiträge aus den Tageszeitungen Die WELT, FAZ und Sueddeutsche (jeweils Politik- und Wirtschaftsteil) sowie aus dem Nachrichtenmagazin Der SPIEGEL (komplett, außer Kulturteil) aus den Monaten Februar und März 2011 (Rollende Stichprobe). 43 Prozent der untersuchten Beiträge betrafen allein Deutschland, weitere 21 Prozent Deutschland und das Ausland, 37 Prozent waren allein der Auslandsberichterstattung gewidmet.

Erfasst wurde unter anderem, wie 23 gesellschaftliche Aufgaben (zum Beispiel: „Finanzielle Absicherung im Alter“ oder „Naturschutz und Umweltschutz“) in der Berichterstattung dargestellt werden: Als Aufgabe des Staates oder als Aufgabe der Individuen oder anderer gesellschaftlicher Kräfte. Insgesamt 118 Mal wurde über die 23 gesellschaftlichen Aufgaben berichtet. Addiert man alle diese Berichte, dominiert die Auffassung als Staatsaufgabe deutlich (Abb. 1): In 77 Prozent der Fälle stellte die Berichterstattung die untersuchten Aufgaben als Staatsaufgaben dar, in weiteren 14 Prozent als gleichermaßen Aufgabe des Staates und nichtstaatlicher Kräfte, in lediglich neun Prozent der Fälle wurde die Verantwortung nicht beim Staat gesehen. Der Löwenanteil dieser Fälle betrifft die gesellschaftliche Aufgabe „Dass es mit der Wirtschaft vorangeht“.

Ebenfalls untersucht wurden sogenannte Frames, das sind Perspektiven, die ein Beitrag einnimmt, Interpretationen, die er dem Leser nahelegt. Erhoben wurde jeweils der Aspekt von Freiheit und Selbstbestimmung gegen die Aspekte gesellschaftlicher Zwänge (soziale Mobilität), Verbote (zum Schutz vor schädlichen Einflüssen), sozialer Gleichheit und der Sicherheit (z. B. vor Anschlägen). Auffällig ist hier speziell der Verbotsframe, der 66 Mal verschlüsselt wurde: In 45 Fällen dominierte der Aspekt des Verbotes gegenüber dem der Freiheit und Selbstbestimmung, sieben Fälle waren ambivalent, in 14 Fällen dominierten Freiheit und Selbstbestimmung über das Verbot (Abb. 2).

Gegenstand der Inhaltsanalyse war auch die Berichterstattung über Gesetze und Verordnungen (sofern sie den Alltag der Bürger betreffen). Insgesamt 117 Beiträge handelten von Gesetzen oder Verordnungen. Am häufigsten ging es um das Erlassen oder Verschärfen von Geboten (49 Fälle). In 18 Beiträgen ging es um das Erlassen oder Verschärfen von Verboten. In lediglich 14 Fällen waren das Lockern von Verboten oder Geboten Gegenstand der Beiträge. In 32 Beiträgen wurden Gesetzesänderungen ohne Einfluss auf die Strenge der Vorschriften behandelt. Insgesamt zeigt sich, dass in 59 Prozent der Berichte über Gesetze und Verordnungen das Erlassen oder Verschärfen von Vorschriften Gegenstand der Beiträge war, verglichen mit 28 Prozent, in denen es um das Lockern oder Aufheben ging (keine Auswirkung auf Strenge: 12 Prozent, Abb. 3).

Zum Verfahren der quantitativen Inhaltsanalyse

Ganz allgemein gesprochen besteht quantitative Inhaltsanalyse aus dem systematischen Zählen von Texteigenschaften mit dem Ziel einer statistischen Analyse. Eine etwas speziellere Definition hat der Kommunikationswissenschaftler Werner Früh vorgelegt: „Die Inhaltsanalyse ist eine empirische Methode zur systematischen, intersubjektiv nachvollziehbaren Beschreibung inhaltlicher und formaler Merkmale von Mitteilungen“.

Die einzelnen Elemente seiner Definition bedeuten:

- systematisch – im Unterschied zur intuitiven Alltagsbeobachtung
- intersubjektiv nachvollziehbar – so angelegt, dass jeder entsprechend qualifizierte Forscher die Analyse nachvollziehen kann
- inhaltliche Merkmale – z.B. Tendenz der Darstellung eines Politikers
- formale Merkmale – z.B. Umfang, Platzierung, Schriftgröße

Das Verschlüsseln des Materials übernehmen Codierer, die im Umgang mit dem Codebuch (das die Anweisungen für die Zählung der Texteigenschaften enthält) und dem Material intensiv geschult werden.

Vorteile der Methode:

- Die Inhaltsanalyse erlaubt Aussagen über Kommunikatoren und Rezipienten, die nicht, bzw. nicht mehr erreichbar sind (z.B. Analyse von Zeitungen aus der Weimarer Republik).
- Der Forscher ist nicht auf die Kooperation von Versuchspersonen oder Befragten angewiesen.
- Es tritt keine Veränderung des Untersuchungsgegenstandes durch die Untersuchung auf (nonreaktives Verfahren).
- Der Faktor Zeit spielt für die Untersuchung nur eine geringe Rolle (Zeitungen und Videokassetten kann man auch nach einer Bundestagswahl untersuchen; Umfragen zur Wahlabsicht kann man dann nicht mehr machen).
- Die Untersuchung ist beliebig reproduzierbar und kann mit verbesserten Instrumenten am selben Material wiederholt werden.

Thomas Roessing

Abbildung 1: Darstellung der Gesellschaftsaufgaben (Prozentwerte, Basis: n = 118)

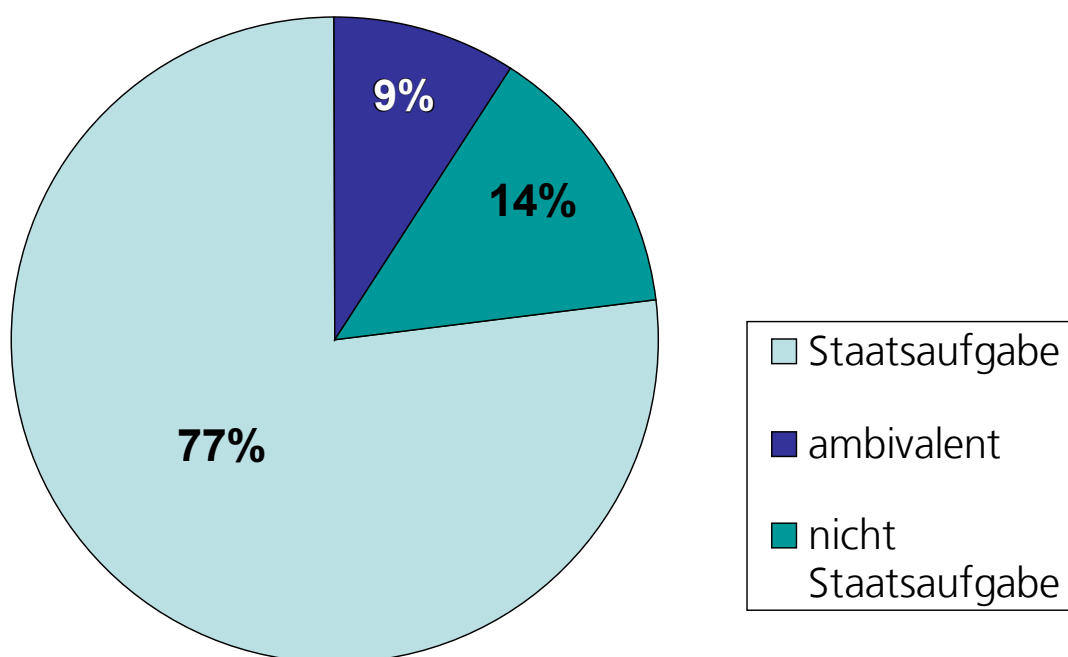


Abbildung 2: Frame: Verbot vs. Selbstbestimmung (absolute Zahlen)

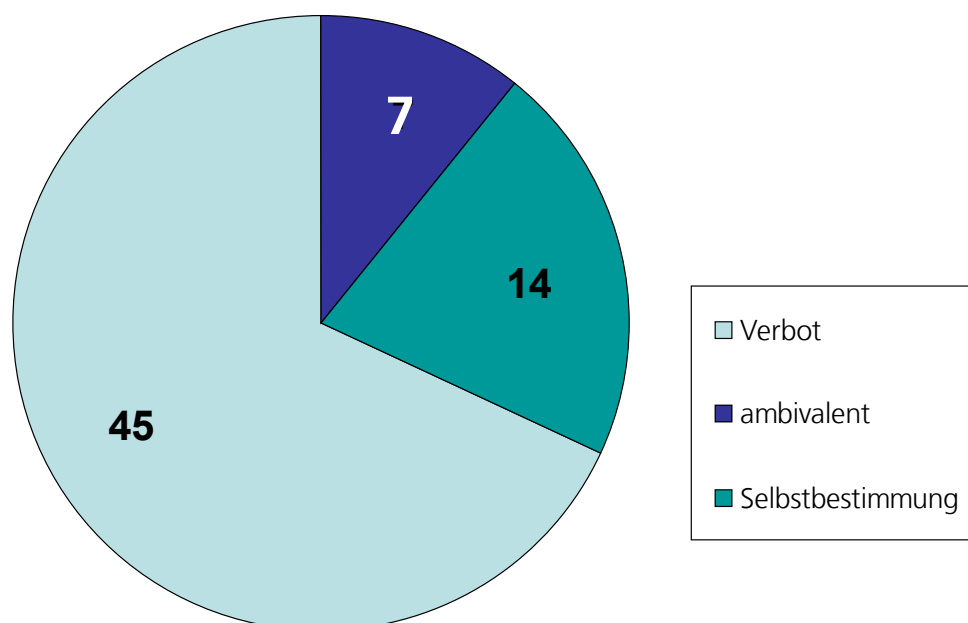
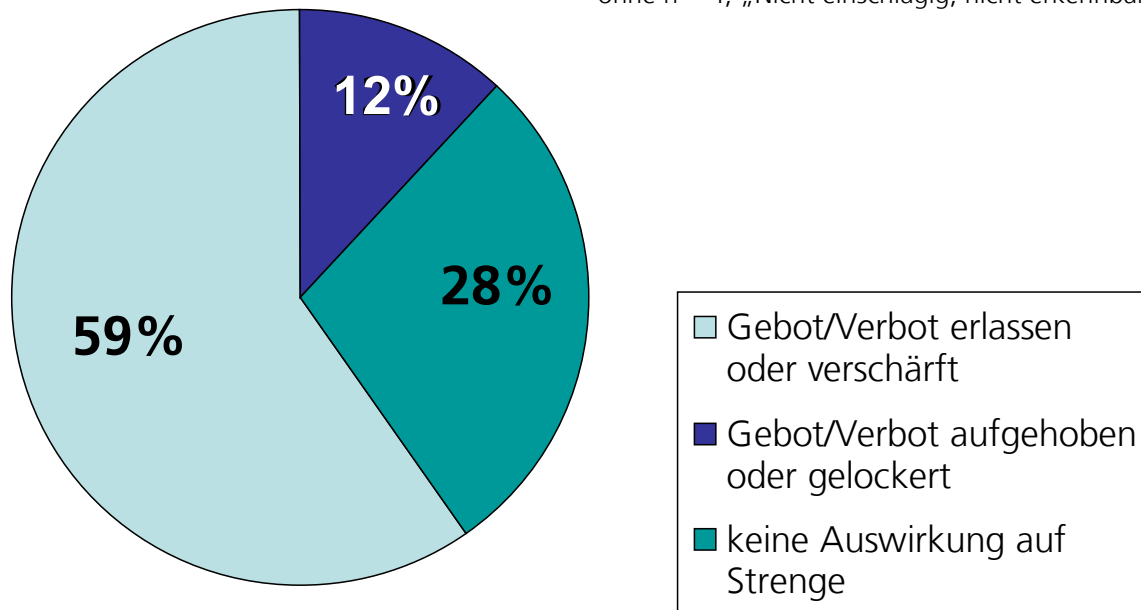


Abbildung 3: Berichte über Gesetze (Prozentwerte, Basis: n = 113*)

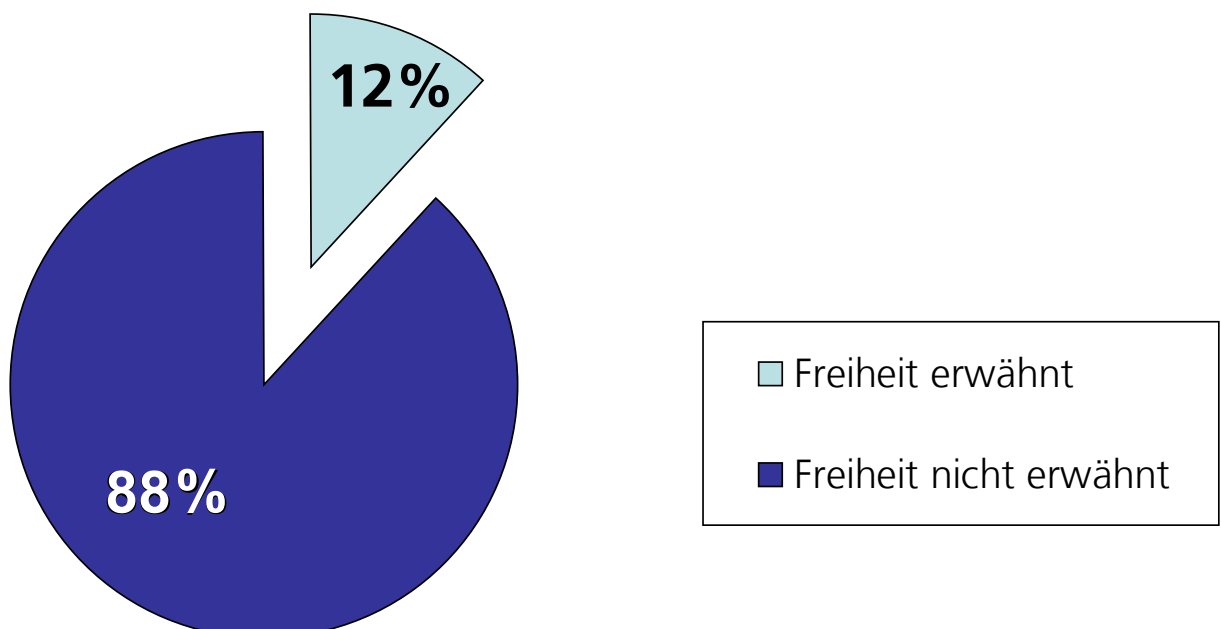
* ohne n = 4, „Nicht einschlägig, nicht erkennbar“



Freiheitsbegriff

„Frei“ beziehungsweise „Freiheit“ (inklusive Komposita und lateinischer Äquivalente) wurden in 12 Prozent der untersuchten Artikel explizit erwähnt:

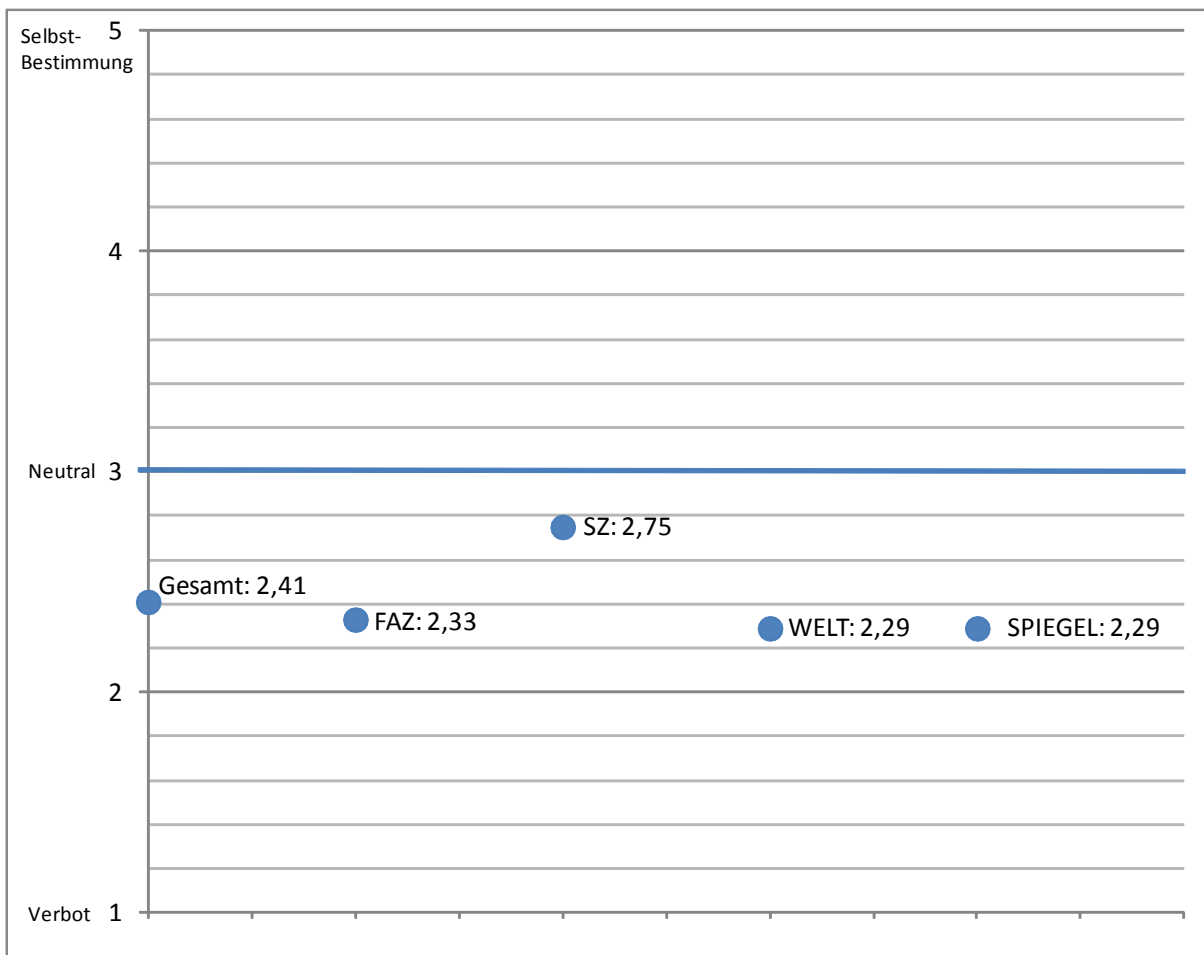
Abbildung 4: Freiheit



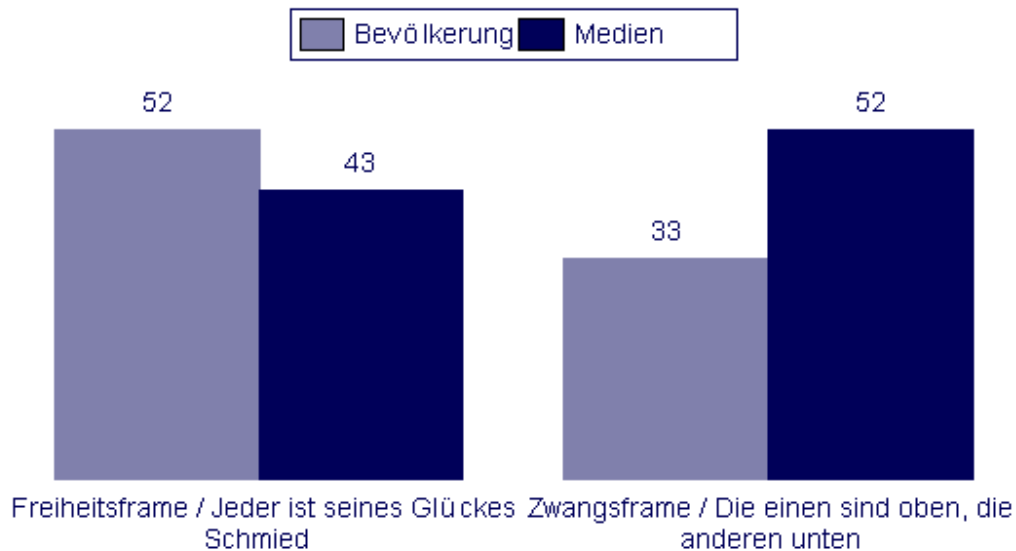
Mittlere Perspektive der untersuchten Medien beim Verbotsframe

Der Vergleich der Mittelwerte bei der Berichterstattung über Verbote vs. Selbstbestimmung (Verbotsframe) zeigt keine statistisch signifikanten Unterschiede zwischen den untersuchten Medien. In dieser Hinsicht berichten alle gleich:

Abbildung 5: Verbotsframe nach Medium



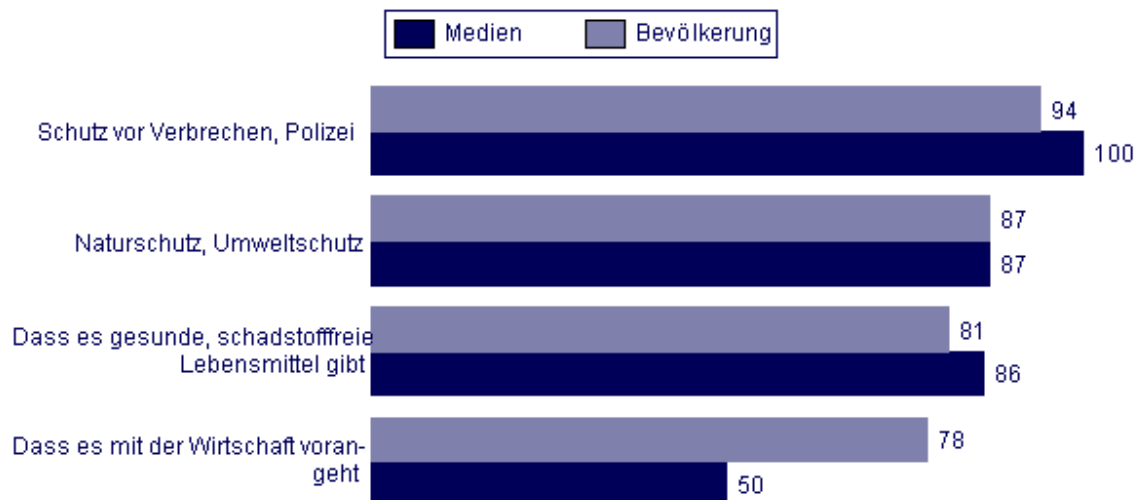
Das Gesellschaftsbild: Kann der Einzelne mit eigener Kraft etwas erreichen?



An 100 fehlende Prozent: Keine Angabe bzw. Ambivalent; nicht eindeutig zuzuordnen
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 7049, Okt./Nov. 2003; 10077, August 2011
Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Institut für Publizistik, Medieninhaltsanalyse "Freiheit", 2011

Staatsorientierung bei Bevölkerung und Medien

Es beschreiben als die Aufgabe des Staates -



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 7049, Okt./Nov. 2003; 10077, August 2011
Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Institut für Publizistik, Medieninhaltsanalyse "Freiheit", 2011

Zur Bildung des „Freiheitsindex Deutschland“

Zur Bildung des Freiheitsindex wurden einige der wichtigsten Informationen aus Umfrage und Inhaltsanalyse zu einer Maßzahl zusammengeführt, die künftig in einer einfachen und übersichtlichen Form Auskunft über die Entwicklung des Werts der Freiheit in der deutschen Gesellschaft Auskunft geben soll.

In einen solchen Index können nicht alle Fragen aus der Umfrage, nicht alle Kategorien der Inhaltsanalyse eingehen. Er kann folglich auch nicht alle Einzelaspekte des Themas abdecken. Er sollte aber die wichtigsten Dimensionen umfassen, um als verlässlicher Maßstab dienen zu können. Die Auswahl der Fragen und Kategorien ist letztlich Ermessenssache. Umso wichtiger ist es, dass die Zusammensetzung des Index transparent gemacht wird und für Aussenstehende nachvollziehbar bleibt. Ein guter Index ist robust, das heißt, dass der Austausch einer einzelnen Frage oder einer einzelnen Kategorie den Gesamtwert nur wenig und damit die Kernaussage des Index nicht verändern würde.

Festgelegt werden muss außerdem die Bandbreite, innerhalb welcher der Indexwert schwanken kann. Der Freiheitsindex kann zwischen - 50 und + 50 schwanken, wobei ein Wert über Null ein Übergewicht der Freiheit im Vergleich zu konkurrierenden Werten und gesellschaftlichen Zielen symbolisiert, ein Wert unter Null steht für eine vergleichsweise schwächere Position des Werts der Freiheit. Auf diese Weise ermöglicht es der Freiheitsindex, auf den ersten Blick zu erkennen, ob die Freiheit gesellschaftlich unter Druck steht oder umgekehrt dominiert.

Der Index setzt sich derzeit aus drei Teilindices zusammen, die sich im Einzelnen wie folgt er rechnen:

Der erste Teilindex repräsentiert den gesellschaftlichen Stellenwert der Freiheit, wie er sich in den Umfrageergebnissen niederschlägt. Hierfür wurden die für diesen Aspekt drei wichtigsten Umfrageergebnisse herangezogen. Das erste ist der Anteil derjenigen, die die Meinung vertreten, jeder sei „seines Glückes Schmied“. Dieser Anteil liegt bei 52 Prozent, während 33 Prozent die Gegenposition „Die einen sind oben, die anderen unten“ vertreten. 15 Prozent äußern sich unentschieden. Für den Index wurden nun die 15 Prozent Unentschiedenen aus dem Ergebnis herausgerechnet, so dass allein der Konflikt zwischen den beiden gegensätzliche Positionen übrig bleibt: 61 Prozent derer, die eine eindeutige Meinung äußern, sagen, jeder sei seines Glückes Schmied, 39 Prozent sagen „Die einen sind oben, die anderen unten“.

Gäbe es ein Gleichgewicht zwischen den beiden gegensätzlichen Meinungen, müsste der Anteil derjenigen, die sagen, jeder sei seines Glückes Schmied, bei 50 Prozent liegen. Deswegen wurde dieser Wert als Nullpunkt, als Bezugspunkt definiert. Das tatsächliche Ergebnis von 61 Prozent liegt 11 Prozentpunkte darüber. Darum geht diese Frage mit dem Wert von + 11 in den Teilindex ein.

Analog hierzu wurde auch bei der Frage vorgegangen, ob im Konfliktfall die Freiheit oder die Gleichheit wichtiger sei (Ergebnis + 2). Das dritte Element des ersten Teilindex bildet die Frage, in welchen Lebensbereichen Verbote eingeführt werden sollten. Hier wurde der durchschnittliche Anteil derjenigen, die bei 21 zur Auswahl gestellten Bereichen kein Verbot fordern, mit dem Basiswert von 50 in Bezug gesetzt, was zu einem Teilwert von + 8 führte. Aus diesen drei Teilwerten wurde nun der Durchschnitt gebildet, er liegt bei + 7.

Auch der zweite Teilindex beruht auf den Umfragergebnissen. Er repräsentiert das Maß der von der Bevölkerung subjektiv empfundenen Freiheit. In ihn geht der Anteil derjenigen ein, die sagen, man könne seine politische Meinung in Deutschland frei äußern (70 Prozent unter Ausschluss der Unentschiedenen, gemessen am Basiswert 50: + 20), außerdem der Anteil derer, die sich in ihrem persönlichen Leben sehr frei fühlen und dies dadurch dokumentieren, dass sie bei der entsprechenden Frage auf einer Skala von 0 bis 10 die Stufen 8, 9 oder 10 wählen. Dies trifft auf 42 Prozent der Deutschen zu, was einem Wert von - 8 entspricht. Der zweite Teilindex entspricht dem Durchschnitt aus den beiden Teilwerten, also + 6.

Der dritte Teilindex schließlich wurde auf der Grundlage der Inhaltsanalyse errechnet. Er repräsentiert die Bedeutung der Freiheit in der Medienberichterstattung. Als Basis für die Berechnung wurden die Ergebnisse der sogenannten „Frame-Analyse“ (siehe oben bei den Erläuterungen zur Inhaltsanalyse) verwendet. Die Konstruktion erfolgte inhaltlich und methodisch analog zum ersten Teilindex: Der Anteil der Beiträge, bei denen der Freiheitsframe gegenüber dem Zwangsframe dominiert, liegt unter Ausschluss der Kategorie „Ambivalent“, also der nicht eindeutig zuzuordnenden Beiträge, bei 45 Prozent, was nach Umrechnung auf die Basiszahl 50 einem Wert von - 5 entspricht. Entsprechend wurde bei dem Kategorienpaar Freiheitsframe/Gleichheitsframe (- 34) und Freiheitsframe/Verbotsframe (- 26) vorgegangen. Der Durchschnitt aus diesen drei Zahlen bildet den dritten Teilindex. Er liegt bei - 22. Auffällig ist der Kontrast zwischen dem Ergebnis des Teilindex 3 und dem parallel dazu konstruierten Teilindex 1: Während die Bevölkerung dem Wert der Freiheit alles in allem ein etwas höheres Gewicht beimisst als den konkurrierenden Werten und Zielen, wird er in der Berichterstattung deutlich in den Hintergrund gedrängt.

Der endgültige „Freiheitsindex Deutschland“ 2011 wiederum ist der Durchschnitt aus den drei Teilindices + 7, + 6 und - 22. Er liegt bei - 3 und damit nahe dem „neutralen“ Nullpunkt. Ob damit in Bezug auf den Wert der Freiheit gleichsam „das Glas halbvoll oder halbleer“ ist, lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht sicher feststellen. Erst in den kommenden Jahren wird der Index seine ganze Aussagekraft entfalten können, wenn er nämlich, abhängig von gesellschaftlichen Veränderungen, öffentlichen Diskussionen oder politischen Entwicklungen, steigen oder fallen wird. Dann wird man mit Hilfe des Indexes klar erkennen können, ob der Wert der Freiheit in Deutschland im Aufwind ist oder an Gewicht verliert.

Thomas Petersen, IfD

Komponenten des „Freiheitsindex Deutschland“

1. Komponente

Ermittlung der subjektiven Bedeutung des Werts der Freiheit

- Begriffsverständnis
- Wertschätzung des Werts der Freiheit im Wettbewerb mit anderen Werten
- Subjektives Freiheitsempfinden
- Staatsorientierung, Einstellungen zu Verboten und staatlichen Interventionen

Methode: Repräsentativumfrage durch das IfD Allensbach

2. Komponente

Ermittlung des Stellenwerts der Freiheit in der Medienberichterstattung im Vergleich zu anderen Werten

- Beurteilung freiheitlicher Prinzipien in der Berichterstattung
- Häufigkeit der Forderungen von Verboten oder Liberalisierungen

Methode: Quantitative Inhaltsanalyse führender Nachrichtenmedien durch das IfP Mainz

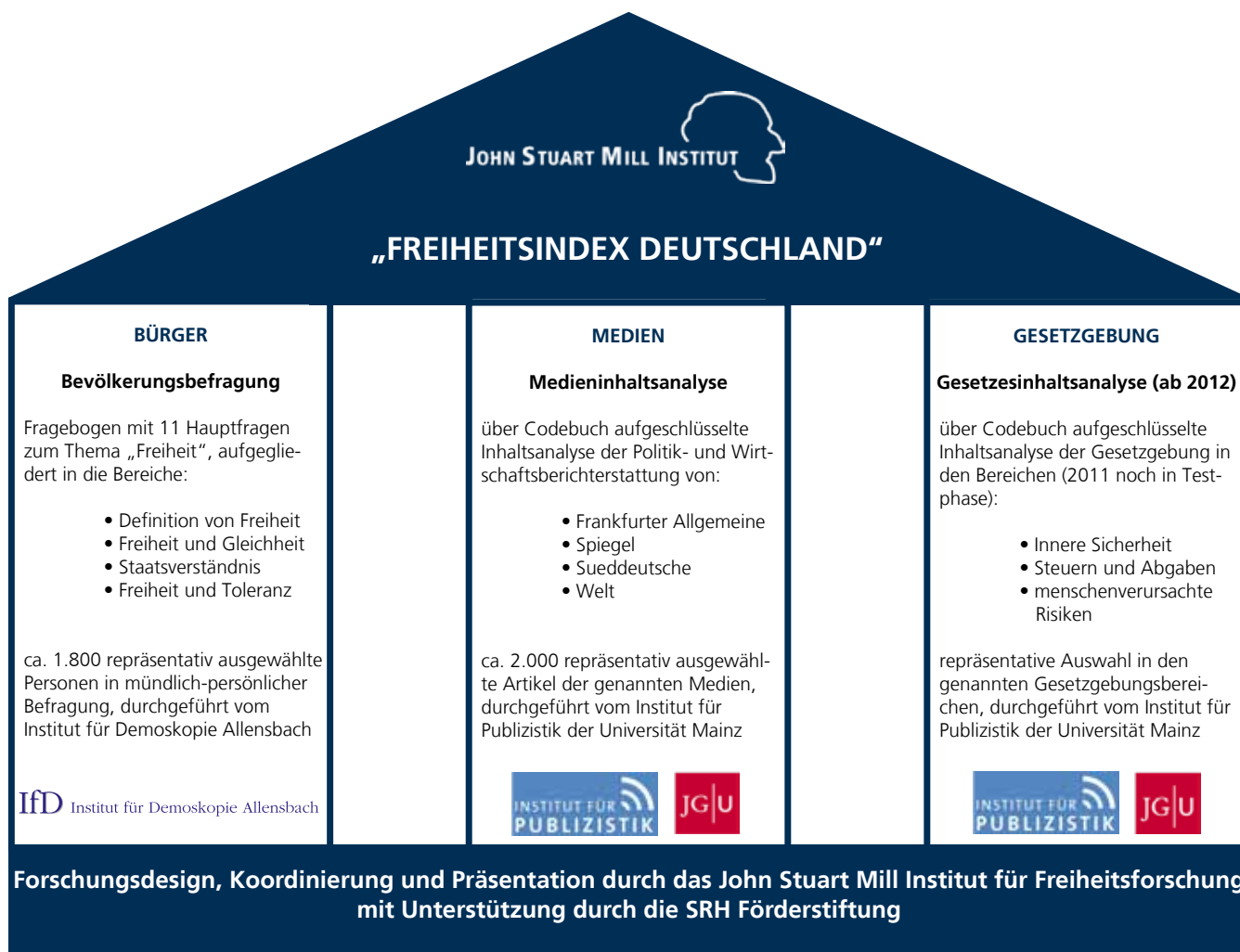
3. Komponente (ab 2012)

Ermittlung des Stellenwerts der Freiheit in der Gesetzgebung

- Verhältnis der Zahl der gesetzlich beschlossenen Verbote und Verschärfungen gegenüber der Zahl der Liberalisierungen und Lockerungen von Regulierungen, die das Alltagsleben der Bürger betreffen

Methode: Quantitative Inhaltsanalyse von Gesetzesbeschlüssen durch das IfP Mainz

Das Forschungsdesign des Freiheitsindexes



Indexbildung I

1. Gesellschaftlicher Stellenwert der Freiheit

Ergebnisse der 3 wichtigsten Indikatoren der Umfrage:

- Anteil derer, die sagen: „Jeder ist seines Glückes Schmied“
(unter Ausschluss der Angabe „unentschieden“): 61 %
Nach Umrechnung auf den Basiswert 50: **+ 11**
 - Anteil derer, die Freiheit der Gleichheit vorziehen: 52 %
Nach Umrechnung auf den Basiswert 50: **+ 2**
 - Durchschnittlicher Anteil derer, die bei 21 verschiedenen Lebensbereichen kein Verbot fordern: 58 %
Nach Umrechnung auf den Basiswert 50: **+ 8**
- Index-Teilwert 1: Durchschnitt aus den drei Indikatoren: **+ 7**

Indexbildung II

2. Subjektiv empfundene Freiheit

Ergebnisse der 2 wichtigsten Indikatoren der Umfrage:

- Anteil derer, die sagen, man könne seine politische Meinung frei äußern: 70 %
Nach Umrechnung auf den Basiswert 50: **+ 20**
 - Anteil derer, die sich in ihrem persönlichen Leben „sehr frei“ fühlen (Stufen 8 bis 10 auf der elfstufigen Skala von 0 bis 10): 42 %
Nach Umrechnung auf den Basiswert 50: **- 8**
- Index-Teilwert 2: Durchschnitt aus beiden Indikatoren: **+ 6**

Indexbildung III

3. Stellenwert der Freiheit in der Berichterstattung

Ergebnisse der 3 wichtigsten Indikatoren der Inhaltsanalyse:

- Anteil der Beiträge, in denen der Freiheitsframe gegenüber dem Zwangsframe dominiert: 45 %
Nach Umrechnung auf den Basiswert 50: - 5
 - Anteil der Beiträge, in denen der Freiheitsframe gegenüber dem Gleichheitsframe dominiert: 16 %
Nach Umrechnung auf den Basiswert 50: - 34
 - Anteil der Beiträge, in denen der Freiheitsframe gegenüber dem Verbotsframe dominiert: 24 %
Nach Umrechnung auf den Basiswert 50: - 26
- Index-Teilwert 3: Durchschnitt aus den drei Indikatoren: - 22

Indexbildung IV

Index-Teilwert 1: + 7

Index-Teilwert 2: + 6

Index-Teilwert 3: - 22

(ab 2012: Index-Teilwert 4: Rolle der Freiheit in der Gesetzgebung)

Indexbildung V - Gesamtindex

Durchschnitt aus den 3 Teilindices

>

„Freiheitsindex Deutschland“ 2011

-3

(auf einer Skala von - 50 bis + 50)

Resümee

Auf der Skala zwischen möglichen - 50 und + 50 Punkten liegen wir im ersten Jahr der Ermittlung des Indexes also bei - 3. Der Wert der Freiheit – in dieser Gesamtzahl abgebildet – ist also im Hintertreffen gegenüber anderen Werten wie Sicherheit und Gleichheit. Ein interessanter Widerspruch zeigt sich in den Einzelergebnissen: verzeichnen wir im Unterschied zu den letzten Jahren eine Zunahme der abstrakten Wertschätzung der Freiheit, besonders bei den Bürgern unter 30 Jahren, so geht dies dennoch einher mit einer generellen Zunahme der Rufe nach weiterreichenden staatlichen Verboten. Dieser Wunsch nach staatlicher Kontrolle und Überwachung findet sich gleichermaßen bei jenen Bürgern, die der Freiheit von ihrem Selbstverständnis her näher stehen wie bei jenen, denen Gleichheit und Sicherheit höherwertig sind als Freiheit und Selbstbestimmung. Die Ausweitung der Staatsaufgaben ist ausdrücklich erwünscht und klarer Favorit ist der „betreuende“ und „kümmernde“ Staat, der im Unterschied zum „liberalen“ Staat als gerechter, wohlhabender, menschlicher und lebenswürdiger angesehen wird. In der öffentlichen Meinung, wie sie die großen Printmedien repräsentieren, überwiegt in der Berichterstattung der Verbotsframe gegenüber dem Selbstbestimmungsframe. Zumindest der Ruf nach Verboten scheint gesellschaftlicher Konsens zu sein.

Interessant wird nun sein, ob und wie sich in den nächsten Jahren der Gesamtindex nach unten oder nach oben, zu Ungunsten oder zu Gunsten der Freiheit verschieben wird. Wenn im Jahr 2012 als dritte Komponente des Indexes die Inhaltsanalyse der Gesetzgebung hinzukommt, sowie die Medieninhaltsanalyse noch weiter ausdifferenziert wird, werden wir über den Zustand der Freiheit in Deutschland noch genauer im Bilde sein. Unser Forschungsprojekt ist „work in progress“, denn erst in der Zeitreihe entwickeln sich à la longue die relevanten Daten. Wollen wir in Zukunft mehr Freiheit oder weniger? Wollen wir mehr Selbstverantwortung, Mündigkeit und größere Handlungsspielräume oder doch mehr Betreuung, Schutz und Kontrolle von Seiten des Staates?

Gilt Wilhelm von Humboldts 1792 ausgesprochene Warnung in seiner Schrift „Über die Grenzen der Wirksamkeit des Staates“ etwa noch?

„Wer oft und viel geleitet wird, kommt leicht dahin, den Überrest seiner Selbsttätigkeit gleichsam freiwillig zu opfern. Er glaubt sich der Sorge überhoben, die er in fremden Händen sieht und hat genug zu tun, wenn er ihre Leitung erwartet und ihr folgt. Noch mehr aber leidet durch eine zu ausgedehnte Sorgfalt des Staates die Energie des Handelns überhaupt, und der moralischen

Charaktere“ – oder ist diese Warnung im heutigen Deutschland völlig verstaubt und überflüssig geworden?

Der Index wird in Zukunft sehr hilfreich sein, sich mit dem Zustand und der Wertschätzung der Freiheit auseinanderzusetzen, sich über die Einstellungen der Bürger zum Wert der Freiheit, ihre „gefühlte“ Freiheit oder Unfreiheit neu zu vergewissern.

Ulrike Ackermann, JSMI



Postanschrift

John Stuart Mill Institut für Freiheitsforschung e.V.
an der SRH Hochschule Heidelberg
Ludwig-Guttman-Straße 6
69123 Heidelberg

Kontakt

Telefon: (062 21) 88-10 05
Telefax: (062 21) 88-11 43
E-Mail: john-stuart.mill@fh-heidelberg.de
Internet: www.mill-institut-freiheitsforschung.de

Bankverbindung

Santander Bank, Heidelberg
Konto: 1 821 711 900
BLZ: 672 101 11